

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Samstag, 25. Juli 2020 · Nr. 171 · 241. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.50 · €5.50

Die EU sucht ihren Daseinszweck

Der Basar von Brüssel ist vordergründig ein Erfolg. Viel Geld wurde verteilt, doch am eigentlichen Problem ändert dies wenig. Die Erwartungen an die Europäische Union sind so unterschiedlich, dass sich die Mitglieder kaum mehr auf eine gemeinsame Politik einigen können. Milliarden von Euro müssen die Gegensätze übertünchen. Von Eric Gujer

Um die deutschen Ängste vor dem vereinigten Europa zu beschreiben, genügt ein einziges Wort: Zahlmeister. Seit Gründung des Staatenbundes fürchtete die grösste Volkswirtschaft des Kontinents, sie müsse eine weniger tüchtige und auch sonst notorisch unzuverlässige Verwandtschaft durchfüttern. Dabei wusste man nie, wo die berechtigten Interessen aufhörten und der nackte Geiz begann. Waren es zunächst die öffentliche Meinung und politische Hinterbänkler, die das böse Z-Wort benutzten, fand es spätestens nach der Wiedervereinigung Eingang in das offizielle Vokabular. Kanzler Gerhard Schröder beklagte sich darüber, dass in Brüssel die deutschen Milliarden «verbraten» würden. Seine Nachfolgerin trieb diese Haltung in der Euro-Krise auf die Spitze. Die Verteidigung abstrakter Prinzipien schien ihr zeitweise wichtiger als der Fortbestand des deutsch-französischen Kondominiums namens EU.

Nationaler Egoismus

Es kam daher einem Paukenschlag gleich, als Angela Merkel und Emmanuel Macron die Idee aufgriffen, den von Corona besonders betroffenen Ländern mit Zuschüssen zu helfen und nicht nur mit Krediten. Eine Idee, geboren aus der Erkenntnis, dass Europa angesichts der grössten Katastrophe seit dem Ende des Weltkriegs mehr benötigt als routiniertes Krisenmanagement. Ein Akt echter Solidarität soll eine ins Trudeln geratene Union stabilisieren, in der zu Beginn der Pandemie Egoismus und nationale Kirchturmpolitik triumphiert hatten. Deutschland war bereit, ein neues Kapitel aufzuschlagen und die Europapolitik einer ganzen Dekade zu entsorgen. Man muss sich diese Vorgeschichte in Erinnerung rufen, um die Tragweite des Basars am Brüsseler Gipfel und seine Entscheidungen angemessen würdigen zu können.

Die Staaten verständigten sich auf ein 1,8 Billionen Euro schweres Finanzpaket, das neben den Corona-Hilfen gleich noch den nächsten EU-Haushalt regelt. Eine erstaunliche Leistung – und den-

noch: Sie genügt nicht. Dabei geht es nicht ums Materielle, um das vier lange Tage und Nächte erbittert gestritten wurde. Ungenügend ist das Paket in einem umfassenderen Sinn. Es kann die Gegensätze zwischen den Südländern und den «Sparsamen Fünf», zwischen Westeuropa und dem Osten nicht überwinden. Welch ein Paradox: Durch die Union ging ein Ruck, aber an der Stagnation des vereinten Europa ändert dies wenig.

Die Beschlüsse kranken am selben Problem wie viele Gipfel-Entscheidungen seit der Jahrtausendwende. Der EU ist ihr Daseinszweck abhandengekommen. Die einen sehen in ihr noch immer ein zivilisatorisches Projekt und die Antwort auf jahrhundertlanges Blutvergiessen. Andere verstehen sie ganz pragmatisch als Instrument, um ihre wirtschaftliche Rückständigkeit mithilfe der Gemeinschaftskasse zu verringern.

Beide Sichtweisen sind legitim. Weil sie sich nicht vereinbaren lassen, muss Geld als Ersatz für Politik herhalten. Geld ist neutral; damit lässt sich genauso Massenmord finanzieren wie die Ausrottung von Infektionskrankheiten. Politik hingegen ist nie neutral. Sie betrifft die Völker existenziell. Wem dies zu abstrakt klingt, der denke nur an den Brexit. Die Briten betrachten die Unabhängigkeit als höchstes Gut und nehmen dafür Opfer in Kauf. Entscheidungen über fundamentale Lebensfragen sind der Wesenskern von Politik, und deswegen behauptet sie ihren Primat gegenüber dem Geld und der Wirtschaft.

Zu solchen Richtungsentscheiden vermag sich die EU nicht mehr aufzuraffen. Die Meinungsverschiedenheiten bei der Euro-Rettung konnte die Gemeinschaft nur mit Geld zukleistern. Der Europäische Rat gab seine Gestaltungsmacht preis und übertrug sie der Zentralbank. Die EZB füllt das Vakuum mit Programmen zum Anleihenkauf. Ihr eng definierter Auftrag, die Geldwertstabilität zu sichern, hat sich so in eine universelle wirtschaftspolitische Bazooka verwandelt. Die Währungshüter feuern aus allen Rohren.

Auf Dauer ersetzt Geld aber keine Politik. Das weiss auch das deutsche Verfassungsgericht.

In einem aufsehenerregenden Urteil hielt es fest, dass die Zentralbank ihr Mandat überschreitet, solange die grenzenlose Mittelvergabe nicht politisch legitimiert wird. Karlsruhe bezeichnete eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs als unvereinbar mit dem Grundgesetz, weil dieser den Anleihenkauf gebilligt hatte. Das Politische hat einen Eigenwert, den die anderen Gewalten nicht ignorieren dürfen. Die Technokraten in den EU-Organen – in Kommission, Zentralbank und Gerichtshof – schert das allerdings wenig.

Wie allgegenwärtig das Geld-statt-Politik-Denken ist, illustriert der Streit am Gipfel über den Umgang der Regierungen in Warschau und Budapest mit den Grundrechten. Wenn die EU wirklich glaubt, dass Polen und Ungarn unveränderliche Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit verletzen, müsste die Union sie eigentlich ausschliessen. Wie will man die EU mit Gegnern der europäischen Werte weiterentwickeln? Da ein Ausschluss illusorisch ist, möchte man stattdessen die Vergabe von Fördermitteln an die Einhaltung der Grundrechte knüpfen. Selbst wenn sich Viktor Orban dem Druck beugte, was wenig wahrscheinlich ist, bliebe das Klima zwischen Ost und West vergiftet. Gewonnen wäre nichts, oder mit anderen Worten: Geld als Surrogat von Politik.

Die Atmosphäre zwischen Nord und Süd ist genauso belastet, und dies nicht erst, seit sich die Südländer in der Corona-Krise im Stich gelassen fühlten. Die jetzt in Brüssel beschlossenen Hilfen entspannen das Verhältnis zwar vordergründig, ändern aber am Grundkonflikt nichts. Die nord-europäischen Gesellschaften haben ein calvinistisches Staatsethos, in dem Verantwortung und Disziplin eine grosse Rolle spielen, während in Südeuropa der Staat vor allem als Melkmaschine gilt. Kein Wunder, dass die Puritaner aus den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Finnland im Verein mit dem Neo-Puritaner Sebastian Kurz gegen Zuschüsse für den Süden rebellierten.

Die Vergemeinschaftung von immer mehr Politikbereichen und die Währungsunion erzwingen ein hohes Mass an Konvergenz. Sie bilden ein Kor-

sett, das nicht viel Luft zum Atmen lässt. Die notwendige und richtige Geste der Solidarität in Seuchenzeiten bleibt unzulänglich, solange die EU-Mitgliedsländer nicht wieder mehr Raum für ein Eigenleben bekommen. Solange von Italien erwartet wird, dass es zum Nordland mutiert, nur eben mit Palmen und Pasta, ist die nächste Konfrontation programmiert. Der humanitäre Akt von heute wird dann schnell vergessen sein.

Im Teufelskreis

Eine Entflechtung, zu der konsequenterweise ein Ausscheiden Italiens aus der Währungsunion gehörte, wäre eine hochpolitische – und überdies richtige – Entscheidung. Sie wäre das Gegenteil des technokratischen Stils, der die EU in den seit Jahren andauernden Stillstand geführt hat. Die Befürworter einer Turbo-Integration argumentieren, die europäische Einigung sei wie ein Velo. Wenn es anhält, fällt es um. Das Bonmot wendet sich nun gegen seine Urheber. Die EU kommt nicht mehr vorwärts. Sie müsste also umfallen.

Der eine fürchtet ihren Zerfall, der andere sehnt ihn herbei. Unrecht haben vielleicht beide. Auch verknöcherte Institutionen mit schwindendem Daseinszweck erfreuen sich mitunter eines langen Lebens. Das Heilige Römische Reich deutscher Nation, so etwas wie der mittelalterliche Vorläufer der EU, war nach dem Westfälischen Frieden eigentlich obsolet. Es dauerte dann aber weitere 150 Jahre bis zu seinem Untergang.

Auch eine stagnierende Union vermag noch lange durchzuhalten, zumal sie über zwei quicklebendige Institutionen verfügt: die Zentralbank und den Europäischen Gerichtshof. Da diese zugleich die Inkarnation der Technokratie sind, scheint der weitere Weg vorgezeichnet. Er führt nicht zu mehr Solidarität und Gemeinschaftlichkeit, sondern zu mehr Paragrafen und Vorschriften. Wo sich diese nicht durchsetzen lassen, muss Geld die Risse überdecken. Es fragt sich nur, wer in diesem Konstrukt den Part des Zahlmeisters übernimmt.

Bundesanwalt Michael Lauber tritt zurück

Gemäss einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts hat Lauber vorsätzlich die Unwahrheit gesagt

ald. · Mit einem Paukenschlag ist am Freitagmittag die Ära Lauber zu Ende gegangen. In einer Mitteilung erklärte Bundesanwalt Michael Lauber, er biete der Gerichtskommission (GK) im Interesse der Institutionen seinen Rücktritt an. Seinem Entscheid vorausgegangen war ein mit Spannung erwartetes Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Und dieses hat es in sich: Es ist die letzte und damit entscheidende Schlappe für Lauber in einer monatelangen Affäre.

Amtspflicht mehrfach verletzt

Lauber hatte am Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen eine Verfügung der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA) angefochten. Aufgrund umstrittener informeller und nicht protokollierter Treffen im Fifa-Verfahrenskom-

plex hatte die AB-BA im Mai 2019 eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet. Dabei gelangte sie zum Schluss, Lauber habe verschiedene Amtspflichten verletzt. Zur Strafe kürzte sie ihm für ein Jahr den Lohn um acht Prozent. Dies und vor allem die Kritik der AB-BA an seiner Amtsführung wollte Lauber nicht einfach so hinnehmen.

Mit dem am Freitag publizierten Urteil aus St. Gallen wird nun allerdings klar: Lauber hat den Kampf verloren. Zwar heisst das Bundesverwaltungsgericht seine Beschwerde teilweise gut und reduziert die Kürzung seines Lohns auf fünf Prozent. In den wesentlichen Punkten aber bestätigten die Richterinnen und Richter in St. Gallen die Befunde der AB-BA: Lauber habe seine Amtspflicht gleich mehrfach verletzt, in einem Fall gar vorsätzlich. Im Hinblick auf das vieldiskutierte dritte Treffen mit Fifa-Präsident

Gianni Infantino vom 16. Juni 2017 im Hotel Schweizerhof in Bern kommt das Bundesverwaltungsgericht zum Schluss, Lauber habe gegenüber der AB-BA vorsätzlich die Unwahrheit gesagt.

Parlamentarier sind zufrieden

Diese Feststellung hat dem Bundesanwalt das Genick gebrochen. Denn er, aber auch die übrigen Beteiligten hatten stets angegeben, sich an das Treffen nicht mehr erinnern zu können. Auch in seiner Stellungnahme vom Freitag hält Lauber daran fest: «Die Unterstellung der Lüge weise ich nach wie vor in aller Form zurück.» Doch wenn man ihm als Bundesanwalt nicht glaube, dann schade dies der Bundesanwaltschaft. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts respektiere er. Gegen Lauber läuft auch ein Amts-

enthebungsverfahren, das die GK im Mai eröffnet hat.

Kommissionsmitglieder von links bis rechts begrüssen Laubers Entscheidung, zeigen sich angesichts der seltsamen Wortwahl – den Rücktritt «anbieten» – aber auch irritiert. Laut GK-Präsident und FDP-Ständerat Andrea Caroni ist ein Angebot eines Rücktritts seines Wissens formell nicht vorgesehen. Entweder könne das Parlament einen Bundesanwalt absetzen, oder dieser trete selber zurück. «Herr Lauber hat aber in Aussicht gestellt, dass er sich schriftlich bei uns meldet, um zu erläutern, wie seine Erklärung gemeint ist», sagt Caroni. Vorerst werde die Kommission das laufende Amtsenthebungsverfahren gegen den Bundesanwalt weiterführen.

Schweiz, Seite 11
Kommentar, Seite 11

WOCHENENDE

Ein Flug zum Mond scheitert erfolgreich

Drei junge Israeli schicken die Sonde Beresheet ins All. Sie zerschellt auf der Mondoberfläche.

Seite 38–41